

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 1 -

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der
149. Sitzung des Braunkohlenausschusses
am Freitag, dem 24.10.2014,
im Dienstgebäude der
Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 2 – 10

Vorsitz: Herr Stefan Götz

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Anlagen: – 3 –

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 2 -

Inhalt:

	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5

Tagesordnung:

	Aufruf	Ergebnis/ Beschluss
	Seite	Seite
1. Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 148. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 28.04.2014 in Köln Drs. Nr. BKA 0616	5	5
2. Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung der Regionalplanungsbehörde Köln mit der Erstellung eines Braunkohlenplanvorentwurfes für die Rheinwassertransportleitung Drs. Nr. BKA 0617	6	8
3. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Umsiedlungsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 01.04.2013 bis 31.03.2014 Drs. Nr. BKA 0618	9	20
4. Bericht der Anrufungsstelle Bergschaden Braunkohle NRW Drs. Nr. BKA 0619	21	21

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 3 -

	Aufruf	Ergebnis/ Beschluss
	Seite	Seite
5. Monitoring Garzweiler II: Regelmäßiger Ergebnisbericht mit Schwerpunktthema „Arbeitsgruppe Abraumkippe“ Drs. Nr. BKA 0620	22	32
6. Anfragen Anfrage der Naturschutzverbände zum Thema „Kraftwerksreststoffe und Kraftwerksreststoffdeponien“ Drs. Nr. BKA 0622	33	34
7. Mitteilungen Transparenzinitiative Bericht der RWE Power AG an den Unterausschuss „Bergbausicherheit“ Drs. Nr. BKA 0621	36	36

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 4 -

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vors. Götz eröffnet die Sitzung um 10:33 Uhr und heißt die Anwesenden herzlich willkommen, insbesondere Frau Regierungspräsidentin Walsken und Herrn Udo Kotzea in seiner neuen Funktion als Bezirksplaner.

Mit Schreiben vom 24.09.2014 sei der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden.

Die Beschlussfähigkeit sei gegeben; mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder sei anwesend.

Die Tagesordnung mit den Beratungsunterlagen sei mit dem Einladungsschreiben verschickt worden. Die Niederschrift der 148. Sitzung sei am 02.07.2014 versandt worden.

Anträge auf Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung lägen nicht vor.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 5 -

**TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 148. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 28.04.2014 in Köln
Drs. Nr. BKA 0616**

Der Braunkohlenausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Braunkohlenausschuss genehmigt die Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 148. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 28.04.2014 in Köln.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 6 -

**TOP 2: Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung der Regionalplanungsbehörde Köln mit der Erstellung eines Braunkohlenplanvorwurfes für die Rheinwassertransportleitung
Drs. Nr. BKA 0617**

Vors. Götz teilt mit, es habe sich eine Aktualisierung ergeben, weil die Stadt Dormagen nach der Sitzung des Arbeitskreises einen weiteren Vorschlag eingereicht habe.

Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln) erläutert, mit der Tischvorlage werde ein geänderter Beschlussvorschlag unterbreitet. Die räumlich stark betroffene Stadt Dormagen habe im Nachgang zum Scopingverfahren und zur September-Sitzung des Arbeitskreises Rheinwassertransportleitung mit Schreiben vom 9. Oktober 2014 die Geschäftsstelle gebeten, zwei weitere Varianten, die aufgrund der bis dato einvernehmlich zugrunde gelegten Kriterien in der Umweltprüfung ausgeschieden gewesen seien, ergänzend zu prüfen.

Die eine Variante verlaufe quer durch den Chempark Dormagen, während die andere in Ost-West-Richtung von den Bayer-Sportanlagen entlang der Europastraße bis zur Autobahn verlaufe. Auf der dem Schreiben der Stadt Dormagen beiliegenden Karte der zu prüfenden Varianten sollten beide – in Lila dargestellt – an die Südvariante anschließen.

Um eine vollständige Ermittlung und Bewertung aller ernsthaft in Betracht kommenden Planungsalternativen in der Umweltprüfung zu gewährleisten, sollten die von der Stadt Dormagen genannten zwei Alternativtrassen – allerdings ergänzt um einen möglichen Anschluss an den nördlichen Trassenkorridor, der bislang als der raumverträgliche Korridor ermittelt worden sei – in die Umweltprüfung integriert werden. Hierzu habe man in der Anlage zur Tischvorlage eine Kartendarstellung mitgeliefert, in der die beiden Trassenvorschläge der Stadt Dormagen, ergänzt um einen Anschluss an den nördlichen Trassenkorridor, in Blau dargestellt seien.

Man schlage vor, wie in der Tischvorlage dargelegt, zu entscheiden.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 7 -

Herr Bahr (Gewerkschaft) fragt sich, wie die Stadt Dormagen auf die Idee gekommen sei, eine solche Leitung mitten durch ein Industriegebiet, das der Störfallverordnung unterliege, legen zu wollen, und geht davon aus, dass sie zumindest mit dem Chempark-Betreiber Rücksprache genommen habe. – Unabhängig davon sollte man alle Varianten noch einmal überprüfen.

Vors. Götz meint, das sehe man genauso. Zumindest zu Beginn des Verfahrens sollte man alle Varianten prüfen, um anschließend eine vernünftige Grundlage für die Entscheidung zu haben. Dass es mehr Probleme bereiten könne, durch eine bestehende Bebauung hindurch- statt drum herumzugehen, werde man sicher bei der weiteren Prüfung feststellen. Dem wolle man aber nicht vorgreifen.

Herr Thiel begrüßt den Beschlussvorschlag, insbesondere die Ergänzung, die Anbindung an die nördliche Trasse mit aufzunehmen und zu prüfen. Die Umweltprüfung sei im Scopingverfahren besprochen und erarbeitet worden – sehr fundiert. Man sei im Arbeitskreis nicht ohne Grund auf die nördliche Trasse gekommen. Aber wenn die am meisten von der Rheinwassertransportleitung betroffene Stadt den Wunsch habe, weitere Varianten in die Prüfung einzubeziehen, sollte man dem folgen, insbesondere mit der Anbindung an die Nordtrasse.

Herr Göbbels (FDP) erinnert daran, im Arbeitskreis Rheinwassertransportleitung habe man der Nordtrasse einstimmig zugestimmt, wie es der ehemalige Beschlussvorschlag darstelle, und zeigt sich irritiert, dass die Stadt Dormagen, die in das Verfahren einbezogen gewesen sei, diese Vorschläge nicht früher gemacht habe.

Herr Hans-Theo Schmitz (CDU) unterstellt die Zustimmung der Betriebe, wenn die Trasse durch ein Gewerbe- oder Industriegebiet verlaufe, und der Bewohner, wenn Wohngebiete betroffen seien. Das müsse klar sein; denn es würden entsprechende Versammlungen durchgeführt werden. Die Verwaltung werde den Ausschuss auf dem Laufenden halten. – Die CDU werde dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 8 -

Herr Lambertz (Die Grünen) spricht sich ebenfalls dafür aus, wenn eine betroffene Kommune Änderungswünsche habe, diese mit zu untersuchen. In der Arbeitsgruppe habe man sich eindeutig für die nördliche Trasse ausgesprochen. Insofern sollte man von vornherein den Anschluss an die nördliche Trasse suchen. Das habe die Bezirksregierung genauso gesehen, sodass man auf einem guten Weg sei, vielleicht wieder einstimmig zu entscheiden.

Der Braunkohlenausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Braunkohlenausschuss nimmt die Angaben zur Umweltprüfung und die hierzu erstellte Umweltprüfung zur Kenntnis.

Der Braunkohlenausschuss beauftragt die Regionalplanungsbehörde Köln, die Umweltprüfung um die von der Stadt Dormagen mit Schreiben vom 09.10.2014 vorgeschlagenen zwei Alternativtrassen (Querung Chempark-Gelände bzw. Verlauf entlang der Europastraße) in geeigneter Form zu ergänzen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 9 -

TOP 3: Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Umsiedlungsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum vom 01.04.2013 bis 31.03.2014
Drs. Nr. BKA 0618

Frau Kranz (Umsiedlungsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen) trägt anhand von **Anlage 1** vor:

Zu meinen Aufgaben gehört es unter anderem, Ihnen alljährlich einen schriftlichen Bericht über das Umsiedlungsgeschehen vorzulegen und in einem mündlichen Vortrag ergänzend auf konkrete Ereignisse einzugehen. Das will ich mit meinem heutigen Bericht gerne tun.

Ich möchte Ihnen folgende Themen darstellen (siehe **Anlage 1**, S. 2):

1. Aktuelle Situation in den Umsiedlungsorten der Tagebaue Inden II, Garzweiler II und Hambach, untermalt mit einigen Fotos aus den Altorten und aus den neuen Orten.

Die Veränderungen sind so rasant, dass man gar nicht so häufig hinfahren kann, um all das live zu erleben.

2. Aktuelle übergreifende Themen
3. Erfahrungsbericht

1. *Aktuelle Situation in den Umsiedlungsorten der Tagebaue Inden II, Garzweiler II und Hambach*
(siehe **Anlage 1**, S. 3)

Bei Inden II geht es um den Ort Pier, bei Garzweiler II um die Orte Immerath, Lützerath, Borschemich, Pesch sowie die neuen Umsiedlungsorte Kuckum, Keyenberg, Ober-, Unterwestrich, Berverath und beim Tagebau Hambach um die Orte Manheim und Morschenich.

Beginnen wir mit der Gemeinde Pier, Umsiedlungsstandort Langerwehe! Die Luftbildaufnahmen (siehe **Anlage 1**, S. 4) zeigen den Eingriff des Tagebaus in

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 10 -

den Altort Pier. Man kann gut erkennen, wie der Tagebau vor Ort voranschreitet.

Diese Luftbildaufnahme (siehe **Anlage 1**, S. 5, oben links) zeigt den neuen Ort.

Das nächste Foto gibt einen Einblick in den neuen Ort (siehe **Anlage 1**, S. 5, oben rechts): Straßenendausbau des letzten Abschnitts war ein Thema, das ich auch in meinem Bericht aufgeführt habe. Zwischenzeitlich sind die Straßen gebaut, und die Umsiedlungsgemeinschaft hat sich mit ihrem Ort gut angefreundet.

Im Bürgerhaus in Pier (siehe **Anlage 1**, S. 5, links unten) haben wir im September gemeinsam das Ende der Umsiedlung begangen – ein sehr gelungenes Fest, bei dem die Umsiedler sich eingebracht haben. Die Vereine haben sich beteiligt. Man konnte schon erkennen, dass die Gemeinschaft vor Ort eine gute ist.

Ein kleiner offizieller Teil (siehe **Anlage 1**, S. 5, rechts unten): Von Herrn Dr. Staatz ist ein Buch über die alte Gemeinde erarbeitet worden, das bei der Bevölkerung recht guten Anklang gefunden hat.

Noch einmal kurz zusammengefasst (siehe **Anlage 3**, S. 6):

- Straßenendausbau abgeschlossen
- Abschlussfest
- Einweihung der Kapelle im Dezember 2013 – ein für die Umsiedler emotional bedeutendes Ereignis

Das war der Zeitpunkt, zu dem die Umsiedler, wie sie berichteten, emotional mit der Umsiedlung abgeschlossen hatten und der neue Ort als der ihre betrachtet wurde.

- Abschluss der Umsiedlung Pier

Damit können auch wir die Umsiedlung Pier als abgeschlossen betrachten. In meinen Berichten wird Pier nicht mehr aufgeführt werden.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 11 -

- Abschluss des Rückbaus des Altorts – Sie erinnern sich an das erste Luftbild – Ende 2014

Jetzt fahren wir in die Stadt Erkelenz, und zwar zunächst in die Orte Immerath, Lützerath und Pesch (siehe **Anlage 1**, S. 7). Zu sehen sind drei Aufnahmen aus den alten Orten.

Rechts sehen Sie den Immerather Dom. Im September des vergangenen Jahres fand die Entwidmung des Doms statt – ein für die Bevölkerung immer höchst emotionales Erlebnis, weil die meisten Lebensereignisse irgendetwas mit der Kirche zu tun haben.

Im Ort selber wohnen nur noch sehr wenige Menschen, wie die beiden linken Bilder zeigen. Die verlassenen Straßen und Spielplätze sind keine Momentaufnahme, sondern zeigen das derzeitige Bild des Altorts.

Die nächsten Fotos zeigen den neuen Ort (siehe **Anlage 1**, S. 8): moderne Spielplätze, Grünanlagen, die höchst unterschiedliche Gestaltung des Orts an sich, den Bau der Kirche. Die meisten Bürger und Bürgerinnen sind umgesiedelt und akzeptieren in einer gut funktionierenden Gemeinschaft vor Ort, in ihren Vereinen das Leben im neuen Ort.

Gleiches gilt für Borschemich (siehe **Anlage 1**, S. 9). Auch hier ein kurzer Einblick in den alten Ort. Borschemich wird noch vor Immerath vom Tagebau betroffen werden. Dort bereiten einige wenige, die noch dort wohnen und aus nicht mit der Umsiedlung zusammenhängenden Gründen Schwierigkeiten haben, den Umsiedlungsprozess zu gestalten, schon recht lange Sorgen. Wenn etwa finanzielle Gründe, familiäre Gründe, Erbstreitigkeiten eine Rolle spielen, trifft der Prozess der Umsiedlung besonders hart, weil erst das andere Thema gelöst werden muss, ehe die Umsiedlung vonstattengehen kann.

Einblicke in den neuen Ort (siehe **Anlage 1**, S. 10): Die Aufnahme links oben zeigt – ich weiß nicht genau, wann die Aufnahme entstanden ist; es sieht nach Schützenfest aus –, das Vereinsleben hat sich stabilisiert, es funktioniert, und die Bevölkerung akzeptiert den neuen Ort als den ihrigen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 12 -

Noch einige Daten (siehe **Anlage 1**, S. 11):

Die Teilnahmequote beträgt in beiden Orten, in Borschemich und Immerath, rund 55 %. Wir können feststellen, die Umsiedlungsquote in dieser Höhe hat sich bestätigt und wird auch so bleiben.

Zählt man die Ansiedlungen innerhalb der Stadt Erkelenz dazu, muss man weitere 9 % hinzurechnen. Denn einige Bürger und Bürgerinnen nutzen auch die Gelegenheit, um ihr Leben neu zu ordnen und, wenn sie in einem gewissen Alter sind, vielleicht ins Zentrum, in seniorengeeignete Einrichtungen oder zu den Kindern zu ziehen.

Der Bevölkerung in Immerath bereitet im Moment die DSL-Versorgung ein wenig Sorge. Man ist aber gemeinsam mit der Stadtverwaltung guten Mutes, in Kürze eine entsprechende Versorgung zu bekommen.

Der 2. Rückbauabschnitt in Immerath ist Anfang 2015. Dann werden die großen Gebäude – Krankenhaus, Kloster – und 40 weitere Anwesen abgebrochen.

In Borschemich läuft derzeit der 2. Rückbauabschnitt mit 55 Anwesen, und der 3. Abschnitt mit 47 weiteren Anwesen wird unverzüglich folgen.

Beim 2. Umsiedlungskomplex für die Stadt Erkelenz – Keyenberg, Kuckum, Ober-/Unterwestrich, Berverath – ist man noch nicht so weit (siehe **Anlage 1**, S. 12). Das Verfahren hat etwas gestockt, nachdem die Stadt Erkelenz – das ist Ihnen bekannt – Anfang des Jahres das Verfahren gestoppt hat, weil dort Unsicherheiten für den weiteren Verlauf gesehen wurden.

Es hat, nachdem die Aktivitäten wieder aufgenommen wurden, intensive Diskussionen mit den Altorten gegeben, wie die Altorte in dem neuen Ort angeordnet werden sollen. Es handelt sich ja um eine gemeinsame Umsiedlung benachbarter Orte. Letztendlich hat man sich auf die Anordnung, die die Abbildung zeigt, geeinigt: im westlichen Bereich Keyenberg, Berverath, Westrich, im östlichen Bereich Kuckum. Wichtig war, dass die Sportanlagen, das Feuerwehrhaus und der Festplatz außerhalb der Ortschaften, zugänglich aus dem Ortsteil Kuckum, zu erreichen waren.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 13 -

Darüber hat die Bevölkerung mit Mehrheit in einem Bürgerforum entschieden. Derzeit ist man sehr intensiv dabei, die einzelnen Orte innerhalb dieses Umsiedlungsorts zu gestalten. Das machen die Ortsgemeinschaften für sich selber. Jeder ehemalige Ort gestaltet also seinen Ort in mehreren moderierten Gesprächen wesentlich mit. Diese Gespräche laufen im Moment.

Zusammengefasst (siehe **Anlage 1**, S. 13):

Das Bürgerforum zur Festlegung der Platzierung der Orte im Umsiedlungsstandort ist am 30.06.2014 erfolgt.

Die Ortsteilkonferenzen zur Gestaltung der zukünftigen Orte laufen derzeit.

Parallel laufen zurzeit Gespräche mit interessierten Inhabern von gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, ob und, wenn ja, welche Art von Ansiedlung im neuen Ort gewünscht wird.

Der Rat der Stadt Erkelenz hat die Aufstellungsbeschlüsse für den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan Ende September gefasst, und damit läuft das Verfahren gut geordnet, strukturiert und zügig weiter.

Fahren wir per Bild nach Mannheim – Stadt Kerpen – in den Tagebau Hambach (siehe **Anlage 1**, S. 14)! Sie sehen eine Luftbildaufnahme des neuen Orts. Vielleicht hat es der eine oder andere noch in Erinnerung, im vergangenen Jahr habe ich Ihnen ein ähnliches Bild gezeigt, auf dem man ganz vereinzelt einige wenige Häuser sah. Die Manheimer haben also ein unheimliches Tempo vorgelegt, das im Moment ein bisschen heruntergefahren wird. Alle Manheimer sind daran interessiert, möglichst zügig an den neuen Ort zu kommen.

Einige Fotos aus dem neuen Ort (siehe **Anlage 1**, S. 15): Es gibt eine sehr rege Bautätigkeit. Der Bürgerbeirat begleitet nach wie vor intensiv das Geschehen am Umsiedlungsstandort. Alles läuft gut.

Zusammengefasst (siehe **Anlage 1**, S. 16) ergibt sich folgendes Bild:

86 % der Umsiedler – in Zahlen: 460 – sind schon in Gesprächen mit dem Bergbautreibenden.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 14 -

Rund 80 % der Einigungen sind schon erfolgt. Das ist, gemessen an der Zeit, in der die Umsiedlung in den Orten läuft, relativ viel.

Im Augenblick beschäftigen sich Bürgerbeirat und Bevölkerung gemeinsam mit der Stadt Kerpen sehr intensiv mit der sozialen Infrastruktur. Die Entschädigungen für die soziale Infrastruktur sind erledigt. Es geht also rein um die Aufgabe der Stadt Kerpen, sich gemeinsam mit dem Bürgerbeirat um Friedhofshalle, Kindertagesstätte, Bürgerzentrum, Gemeindehaus und Feuerwehr zu kümmern. Das erfolgt in Kooperation mit den Vereinen, weil man auch hier die Gelegenheit nutzen will, Multifunktionsräume zu schaffen, die wirtschaftlicher zu führen sind und vielleicht auch andere Synergieeffekte bringen.

Auch im Altort Manheim ist ein Sicherheitsdienst eingerichtet worden, der der Bevölkerung subjektiv, aber auch objektiv ein gewisses Sicherheitsgefühl gibt.

Im Juni wurde mit dem Bau der Verkehrsspanne B 477 n begonnen.

Ich komme zur Gemeinde Merzenich – ebenfalls Tagebau Hambach –, Ortsteil Morschenich (siehe **Anlage 1**, S. 17). Auf diesem Luftbild sehen Sie die Straßenführung, die in den letzten Monaten sichtbar geworden ist.

Einige Bilder, wie es vor Ort aussieht (siehe **Anlage 1**, S. 18): Auf allen Fotos sehen Sie die Entstehung der Brücke bzw. Straße über die B 264. Es ist ein ziemlich gewaltiges Bauwerk entstanden, und die Bewohner von Morschenich sind begeistert, jetzt über die sehr stark befahrene Landstraße laufen zu können.

Eine Übersicht (siehe **Anlage 1**, S. 19):

Einige Monate war die Wärmeversorgung für den neuen Ort sehr intensiv Gesprächsthema. Mittlerweile erfolgt die Wärmeversorgung im Rahmen des Anschluss- und Benutzungszwangs zentral. Zu Irritationen hat der formelle Ausdruck „Kraftwerk“ geführt. Die Wärmeversorgung heißt bei den Stadtwerken als Bauwerk „das Kraftwerk“. Wer das Wort „Kraftwerk“ hört, verspürt gleich einige Ängste und Sorgen. Aber der Bau steht und ist weitestgehend fertig. Das ist auch notwendig, wenn die ersten Umsiedler sehr bald einziehen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 15 -

Das Bauwerk ist sehr geschickt angelegt: Auf der Seite der Bebauung, wo der neue Ort Morschenich entsteht, ist ein Wall, der noch bewaldet wird, sodass das Bauwerk an sich nicht sichtbar ist, und von der anderen Seite aus stört es nicht. Das Bauwerk ist optisch gelungen; das sehen auch die Bewohner so.

Es gibt immer noch einige Irritationen von einer kleinen Bürgergruppe vor Ort, die bezweifelt, dass die Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang zu Recht zustande gekommen ist. Aber der Großteil der Bevölkerung hat die Wärmeversorgung wohl in der Form akzeptiert.

Das Brückenbauwerk an der L 264 ist fertiggestellt.

Die Grundstücksvormerkung in Morschenich ist bald abgeschlossen. Es hat einige Doppelbelegungen gegeben, aber längst nicht so viele, wie die Bevölkerung zunächst vermutet hatte. Das ist immer die große Sorge, dass alle sich auf ein Grundstück stürzen und es problematisch ist, das gewünschte Grundstück zu bekommen.

Zwischenzeitlich sind über 70 % der Wertgutachten beauftragt.

Drei Häuser befinden sich sichtbar im Bau und werden wohl kurz nach Weihnachten bezogen werden.

Vergangenen Freitag wurde ein „Bauherrenfest“ angeboten. Die Bevölkerung hat die Möglichkeit intensiv genutzt – es war ein gutes Klima –, sich vor Ort anzuschauen, wie sich das Ganze darstellt, weil man sonst nur Pläne gehabt hat.

2. *Aktuelle übergreifende Themen* (siehe **Anlage 1**, S. 20)

Ich möchte die Themen, die ich in meinem Bericht festgehalten habe, nicht wiederholen. An aktuellen übergreifenden Themen gibt es im Moment die Leitentscheidung zur Zukunft des rheinischen Braunkohlenreviers. Es wird am 30. Oktober eine Auftaktveranstaltung für die Erarbeitung einer neuen Leitentscheidung zur Zukunft des rheinischen Braunkohlenreviers geben. Alle Betroffenen und Beteiligten sind eingeladen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 16 -

Außerdem findet zurzeit wieder unter Federführung der Bezirksregierung die Evaluierung der Entschädigungsregelungen statt – ein üblicher Prozess, der vor jeder beginnenden neuen Umsiedlung stattfindet. Die Entschädigungserklärungen, die Revierweite Regelung und die ortsspezifischen Regelungen werden noch einmal überprüft. Es wird abgeklopft: Was ist gut gelaufen, und was können wir eventuell verändern?

Mittlerweile ist das gesamte Verfahren sehr transparent. Wenn man sich ein wenig mit der Thematik beschäftigt, kann man fast ablesen, was sich daraus für die Umsiedler ergibt. Das ist gut so. Es kommt also nicht darauf an: Wer kann gut verhandeln, oder wer ist gegenüber dem Unternehmen eher schwach und verliert? Das kann es nicht geben, weil diese Regelungen so festgezurrert sind, dass sie auch eingehalten werden.

3. *Erfahrungsbericht* (siehe **Anlage 1**, S. 21)

Anliegen der Umsiedler: Es gibt keine Anliegen der Umsiedler, die irgendwie aus der Reihe fallen. Die Anliegen sind, gemessen an dem Umsiedlungszeitpunkt, in allen Orten vergleichbar. Es sind allgemeine Nachfragen, Verständnissnachfragen, Wünsche nach Begleitung zu Terminen, Wünsche nach Beratung oder Unterstützung in problematischen Situationen, wenn zum Beispiel innerhalb der Umsiedlung eine Erbaueinandersetzung oder eine Scheidung erfolgt. Ein schwieriges Thema sind auch immer die Umbettungsmaßnahmen. Insbesondere ältere Menschen freuen sich, wenn man sie auf diesem Weg begleitet.

Bürgerbeiräte: Die Bürgerbeiräte sind Dreh- und Angelpunkt der Umsiedlungen und in allen Kommunen diejenigen, die angesprochen werden, auch wenn es ganz unterschiedliche Personen sind und das Verfahren völlig unterschiedlich praktiziert wird. Sie tragen sehr stark dazu bei, dass die Umsiedlung funktioniert.

Gemeinsame Umsiedlung: Die gemeinsame Umsiedlung, die sozialverträgliche Umsiedlung ist in der Vergangenheit mehrere Male diskutiert worden. Aktuelle

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 17 -

Diskussionen gibt es nicht. Die gemeinsame Umsiedlung ist sicher immer noch der beste Weg, eine sozialverträgliche Umsiedlung hinzubekommen. Das sieht auch die Bevölkerung so. Ich stelle auch fest, dass sich das Vereinsleben bei den bereits umgesiedelten Orten zum Teil besser entwickelt als in den Altorten – auch wegen der Synergien, die durch gemeinsame Gebäude entstehen und genutzt werden.

Ich darf mich bei all denjenigen herzlich bedanken, die mich auch im letzten Jahr sehr intensiv und konstruktiv unterstützt haben: die Bezirksregierung, die Kommunen oder der Bergbautreibende. Ein herzliches Dankeschön auch an die Firma RWE, aus deren Fundus die Fotos stammen. Es ist schön, dass wir immer wieder darauf zurückgreifen können.

Herr Lennartz (SPD) fragt, aus welchem Grund ein Sicherheitsdienst eingerichtet worden sei und ob es sich um einen privaten Sicherheitsdienst handle.

Außerdem interessiere ihn die Art der zentralen Wärmeversorgung, wie etwa Fernwärme.

Frau Zentis (Die Grünen) möchte wissen, wie viele aus Alt-Pier nach Neu-Pier gezogen seien.

Die Morschenicher Brücke sei tatsächlich fertig, sodass die Bürger sorgenfrei über die Landesstraße, die auch Autobahnzufahrt und -abfahrt sei, gehen könnten. Morschenich liege in einem Eckchen zwischen Bundesstraße und Autobahn. Das sei ein anderes Wohngefühl als im alten Ort Morschenich, rundum bewaldet.

Beim Umsiedlungsstandort Borschemich habe es einige Problemfälle gegeben. Die beiden ihr bekannten eklatanten Problemfälle seien gelöst. In einem Fall habe sich das Unternehmen RWE sehr kulant und entgegenkommend gezeigt. Dafür danke sie – Zentis – dem Unternehmen herzlich.

Aber diese Woche habe sie Nachrichten aus Borschemich zu drei anderen Fällen erhalten, die sie in dem Zusammenhang, wenn sie die ihr bekannten Fälle mit diesen vergleiche, nicht einordnen könne: Eine Familie solle die Anweisung bekommen haben, in

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 18 -

zwei bis drei Wochen umziehen zu müssen, obwohl das neue Haus erst in drei Monaten fertig sei. Zwei weitere Fälle seien ähnlich gelagert.

Sie – Zentis – wolle gerne wissen, warum ein so schneller Vollzug vorgesehen sei und was die Familien in der Zeit machen sollten. Diese Vorgehensweise sei ihr vollkommen unverständlich, weil sie wisse, dass zuerst die Gärtnerei dem Tagebau zum Opfer falle und erst danach die Häuser. Vielleicht sei Frau Kranz im Rahmen ihres Amtes in diese Vorgänge involviert.

Zudem interessiere es sie, wann man mit der Evaluierung der Entschädigungsregelung zu rechnen habe. Denn die kleinen Dissonanzen, die es bei der letzten Evaluierung gegeben habe, könne man vermeiden, wenn man das Thema in Ruhe berate.

Frau Kranz (Umsiedlungsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen) geht zunächst auf den Sicherheitsdienst ein. Es sei üblich, in den Altorten einen Sicherheitsdienst einzurichten. Nach ihrem Kenntnisstand sei das in allen Orten geschehen. Es handle sich um einen Sicherheitsdienst des Bergbautreibenden, also der Firma RWE, der zuletzt in Borschemich und Immerath noch durch einen privaten Sicherheitsdienst unterstützt worden sei. Derzeit sei in Manheim der Sicherheitsdienst des Unternehmens RWE tätig. Das finde offensichtlich die Akzeptanz der Bevölkerung und geschehe zu ihrer Zufriedenheit; sie habe zumindest nichts anderes gehört.

(Herr Lennartz [SPD]: Was ist der ausschlaggebende Grund? Diebstahl? Das war der Hintergrund der Frage!)

Naturgemäß gebe es in den Altorten leerstehende Häuser, die Menschen anzögen, die man nicht haben wolle. Es werde geklaut und Unsinn getrieben. Das sei immer so gewesen.

Die Wärmeversorgung in Morschenich erfolge durch eine Pelletheizung.

In Pier sei etwa ein Drittel ganz weggezogen, ein Drittel sei innerhalb des Orts Inden geblieben, und ein Drittel sei nach Langerwehe gezogen.

Zu Borschemich wisse sie nicht ganz genau, welche Fälle Frau Zentis meine. Es wäre sinnvoll, ihr die Namen aufzuschreiben, damit sie – Kranz – sich darum kümmern kön-

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 19 -

ne. Manches stelle sich bei einer Überprüfung auch anders dar, als von den Menschen geschildert. Das müsse kein böser Wille sein, sondern beruhe auch oft auf Unvermögen. Sie habe es noch nie erlebt, dass jemand innerhalb von 14 Tagen gewaltsam rausgeworfen worden sei. Das werde man sicher auch nicht erleben.

(Frau Zentis [Die Grünen]: Ich habe es vorsichtig formuliert!)

Trotzdem wolle man jedem helfen, der in Not sei, unabhängig davon, ob die Äußerung seiner Sorgen berechtigt sei oder nicht.

Herr Göbbels (FDP) bezieht sich auf den schriftlichen Bericht der Umsiedlungsbeauftragten, in dem stehe, dass drei Enteignungsverfahren angestrebt würden. Das gehe wohl letzten Endes nicht mehr anders.

Er stelle bei allen Umsiedlungen fest, dass die Anzahl der Bestandsaufnahmen immer um 10 bis 15 größer sei als die Anzahl der Einigungen. In Borschemich stünden 214 Bestandsaufnahmen 201 Einigungen gegenüber. Bei Immerath betrage das Verhältnis der Bestandsaufnahmen zu den Einigungen 298:282. Er wolle gerne wissen, wie die Differenz zustande komme, oder ob es immer um Enteignungen gehe.

Frau Brüggemann (Bezirksregierung Köln) nimmt zur Evaluierung der Entschädigungsregelungen Stellung. Wie Frau Kranz gerade mitgeteilt habe, sei es üblich, im Verfahren zu einer Umsiedlung die Entschädigungen mit auf den Prüfstand zu stellen. Auch in diesem Verfahren sei eine Reihe von Anregungen eingegangen, die man zu bearbeiten habe.

Außerdem habe sie die mit dem Monitoring für Umsiedlung beauftragte „Koordinierungsgruppe Umsiedlungen“ in der die von Umsiedlungen betroffenen Kommunen Mitglied sind, zu den Erfahrungen mit der Revierweiten Regelung und der Entschädigungserklärung in den vergangenen Jahren befragt.

Dadurch habe sie eine Menge an Anregungen, an Prüfaufträgen erhalten, die sie in einer Zusammenstellung erfasst habe und in den nächsten Monaten abarbeiten wolle.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 20 -

In dieser Woche habe sie mit dem Bürgerbeirat Keyenberg eine Erörterung durchgeführt. Dabei habe sie die einzelnen Entschädigungspositionen vorgestellt und die Anliegen der Anreger vorgetragen.

In einem weiteren Schritt werde sie mit RWE zu diesen Punkten Gespräche führen. Ziel sei, zur Arbeitskreissitzung und zur Sitzung des Braunkohlenausschusses im Juni nächsten Jahres, in der Aufstellungsbeschluss gefasst werden solle, eine überarbeitete Regelung vorliegen zu haben.

Frau Kranz (Umsiedlungsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen) ergänzt, die Zahl der Bestandsaufnahmen und die der Einigungen differierten bis zum Schluss des Verfahrens. Zunächst erfolge, zeitlich gesehen, die Bestandsaufnahme eines jeden Objekts. Die Daten des Hauses würden mengenmäßig und inhaltlich durch ein Gutachten erfasst. Danach gebe es über das Gutachten eine Einigung oder keine Einigung. Die Zahlen müssten wegen des zeitlichen Sprungs – erst Bestandsaufnahme und dann irgendwann die Einigung – differieren.

Vors. Götz hält fest, der Braunkohlenausschuss habe den Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Umsiedlungsbeauftragten zur Kenntnis genommen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 21 -

**TOP 4: Bericht der Anrufungsstelle Bergschaden Braunkohle NRW
Drs. Nr. BKA 0619**

Vors. Götz teilt mit, dass Herr Debusmann kurzfristig erkrankt sei, und schlägt vor, dessen vorbereiteten Bericht dem Protokoll als **Anlage 2** beizufügen. Nachfragen könnten in der nächsten Sitzung erfolgen. – Da er keinen Widerspruch sehe, sei TOP 4 damit erledigt.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 22 -

TOP 5: Monitoring Garzweiler II: Regelmäßiger Ergebnisbericht mit Schwerpunktthema „Arbeitsgruppe Abraumkippe“

Drs. Nr. BKA 0620

Herr Pabsch (Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk [MWEIMH], früher: Bezirksregierung Arnsberg) trägt anhand von **Anlage 3** „Monitoring Tagebau Garzweiler II – AG Abraumkippe“, S. 1 f., vor:

Ich war bis zum 15.10.2014 Dezernent für die Wasserwirtschaft im Braunkohlenbergbau bei der Bezirksregierung Arnsberg und für das Monitoring des Tagebaus Garzweiler in der Funktion des Obmanns der Arbeitsgruppe Abraumkippe zuständig.

Ich möchte Ihnen einen Überblick über die Beschlüsse der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Kippenmaßnahmen im Tagebau Garzweiler für den Zeitraum 2007 bis 2013 geben (siehe **Anlage 3**, S. 2). Dieser Kurzbericht schließt sich somit an den der 132. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 30.03.2007 in Köln an, in der das Thema schon behandelt wurde.

Im Übrigen verweise ich auf die Jahresberichte zum Monitoring, in denen sukzessive über den Stand der Arbeiten informiert wird. Der aktuelle Jahresbericht ist Ihnen zu dieser Sitzung zugeleitet worden.

Auf der Folie habe ich Ihnen eine Matrix der Beschlusslage der Arbeitsgruppe der vergangenen Jahre zusammengestellt. Links im Bild stehen die überprüften Indikatoren, oben die Jahre ab 2005, wobei die Zeitabschnitte ab 2007 für Sie neu sein dürften. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes erläutern:

Die Monitoringkonzeptionsphase konnte im Jahre 2007 in die Durchführungsphase überführt werden. Das war der Übergang von Garzweiler I zu Garzweiler II. Die Umsetzung der Maßnahmen A1 und A6 wird jährlich im Monitoring überwacht, wohingegen die Umsetzung der Maßnahme A2 in einem sechsjährigen Turnus – das nächste Mal in 2019 – zur Überprüfung ansteht.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 23 -

Anhand der bisher vorliegenden Auswertung kann ich ein umfassendes Votum abgeben: Es gibt betriebliche Möglichkeiten, die Versauerung des Kippenkörpers zu minimieren und die nicht vermeidbaren Folgewirkungen zu begrenzen. Diese sind dem Bergbautreibenden aufgegeben und werden im Rahmen des Monitorings Garzweiler kontrolliert. Ergebnis der Überprüfung: Dem Bergbautreibenden ist bisher eine erfolgreiche Umsetzung der Kippenmaßnahmen zu bescheinigen.

Die Schlussfolgerung aus Sicht der Arbeitsgruppe Abraumkippe lautet daher: bisher erfolgreiche Umsetzung. Das heißt, grüne Ampel für alle Indikatoren im Zeitraum von 2007 bis 2013.

Herr Dr. Rinaldi wird Ihnen als Mitglied der Arbeitsgruppe Abraumkippe einen vertieften Einblick in die Hintergründe der Kippenmaßnahmen geben.

Herr Dr. Rinaldi (RWE Power AG) fährt anhand von **Anlage 3** „Monitoring Garzweiler II – Bericht aus der AG Kippe – Maßnahmen zur Verminderung des Stoffaustrags aus der Abraumkippe“, S. 3 – 13, fort:

Ich schließe nahtlos an den Vortrag von Herrn Pabsch an und gebe Ihnen einen vertieften Einblick in die Kippenmaßnahmen, um die grünen Ampeln, die Sie gesehen haben, etwas mit Leben zu erfüllen.

Ich starte etwas weiter in der Vergangenheit, bevor ich zu den Kippenmaßnahmen gehen und Ihnen die Umsetzung im Monitoring zeigen werde (siehe **Anlage 3**, S. 4). Anlass und Aufhänger der Kippenmaßnahmen waren die Ereignisse in den 80er-Jahren: Zutritte von Kippenwasser in das Zieselsmaar bzw. Austritte von Kippenwasser im Bereich der Berrenrather Börde, was heute gemeinhin als Rote Gewässer bekannt sein sollte.

Das war der Startschuss für umfangreiche Untersuchungen zu den Themen: Was sind die Ursachen? Welche Auswirkungen auf die Grundwasserbeschaffenheit sind zu erwarten, und was heißt das für die Tagebaue Garzweiler, Hambach und Inden? Das Ergebnis der Untersuchungen ist das sogenannte Obermann-Gutachten der Ruhr-Universität Bochum aus dem Jahre 1993.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 24 -

Die logische Folge war die Frage: Was kann man tun, um mit diesen Auswirkungen umzugehen? In den Leitentscheidungen der Landesregierung 1991 zum Tagebau Garzweiler II wurde empfohlen, verschiedene Gegenmaßnahmen zu entwickeln und zu bewerten, inwieweit sie erfolgversprechend und umsetzbar sind.

Darauf basierend wurden sogenannte A-Maßnahmen entwickelt und im Detail untersucht, ob sie tatsächlich zum Ziel führen.

Von den sechs untersuchten Maßnahmen sind drei als umsetzbar und praktikabel identifiziert worden, die ich jetzt im Weiteren vorstellen werde.

Maßnahme A1 (siehe **Anlage 3**, S. 5):

Versauerungsempfindlicher Abraum wird im unteren Bereich der Kippe eingelagert. Der obere Kippenbereich wird mit selektiv gewonnenem, nicht versauerungsfähigem Abraum beschickt.

Wir unterscheiden im Rheinischen Revier zwischen drei Abraumklassen. Relevant ist der Pyritschwefelgehalt. Pyrit ist ein natürlich vorkommendes Mineral im Abraum. Bei Belüftung verwittert Pyrit und setzt Eisen, Sulfat und Säure frei.

Wir haben drei Abraumklassen:

Klasse 1 – Pyritgehalt < 0,1 % –: nicht versauerungsfähiger Abraum

Klasse 2 – Pyritgehalt 0,1 – 0,2 % –: versauerungsfähiger, aber nicht versauerungsempfindlicher Abraum

Klasse 3 – Pyritgehalt > 0,2 % –: versauerungsempfindlicher Abraum

Auf der Folie ist Folgendes schematisch dargestellt: Auf der linken Seite der Folie sieht man den geologischen Aufbau mit unterschiedlich eingefärbten Abraumklassen. Bei der Umsetzung der Maßnahme A1 werden die dunkel eingefärbten Abraumschichten tief in die Kippe eingebracht, während die oberste Schicht aus nicht versauerungsfähigem Abraum besteht.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 25 -

Maßnahme A2 (siehe **Anlage 3**, S. 6):

Durch Optimierung der Sohleneinteilung sollen weite Teile der Abbaustrossen in nicht versauerungsempfindliches Material verlegt werden.

Ein Beispiel aus dem Tagebau Garzweiler: Sie sehen in der Mitte des Bildes die Sohleneinteilung Ende 2011, rechts davon 2006 und links davon der Blick in die Zukunft Richtung 2017. Man sieht die Optimierung der Sohleneinteilung. Die Sohlen sind entweder in nicht versauerungsfähigen Abraum oder in den Flözen angeordnet worden. Die 3. Sohle ist dahingehend optimiert worden, dass sie im Material der Klasse 2 und nicht der Klasse 3 angeordnet worden ist. Das sieht einfach aus, ohne es zu sein, weil vieles berücksichtigt werden muss, angefangen beispielsweise bei der Geometrie der Großgeräte. Da sind gewisse Höhen einzuhalten.

Maßnahme A6 (siehe **Anlage 3**, S. 7):

Durch Zugabe von Kalk soll die Pufferkapazität des Abraums erhöht und somit der pH-Wert hoch gehalten werden.

Während die Maßnahmen A1 und A2 in allen Tagebauen umgesetzt werden, ist die Maßnahme A6 eine Besonderheit des Tagebaus Garzweiler – aus zwei Gründen:

- Der Pyritschwefelgehalt des Abraums in Garzweiler ist relativ hoch bei gleichzeitig relativ niedrigem natürlichem Puffer, sodass ohne weitere Gegenmaßnahmen mit einer sehr hohen Mineralisierung der Kippenwässer zu rechnen gewesen wäre.
- Darüber hinaus liegt im nördlichen Abstrom der späteren Kippe Garzweiler eine sehr intensive wasserwirtschaftliche Nutzung vor, die besonders schützenswert ist.

Aus der Überlagerung der beiden Faktoren entstand die Notwendigkeit, auch die Maßnahme A6 in Garzweiler umzusetzen.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 26 -

Unten, schematisch, dargestellt, sehen wir auf der Abbauseite unterschiedliche Abraumschichten – je dunkler, desto mehr Pyrit. Auf der Kippenseite ist oben die Umsetzung der A1-Maßnahme, wie eben erläutert, zu sehen, die unabhängig von der Maßnahme A6 erfolgt. Mit den blauen Kringeln ist die Kalkzugabe für den versauerungsfähigen bzw. versauerungsempfindlichen Abraum dargestellt. Wie in der Skizze dargestellt: Je dunkler die Abraumschichten, desto mehr Kalk wird zugeführt.

Die Kalkdosierung wird mithilfe der sogenannten Kalkformel (siehe **Anlage 3**, S. 8) gesteuert – ein Ergebnis umfangreicher und langer Untersuchungen der Ruhr-Universität Bochum. Ich will nicht auf alle Details der Kalkformel eingehen – das würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen –, aber auf einige wesentliche Punkte.

Der spezifische Kalkbedarf y ist zum einen vom Pyritschwefelgehalt des Abraums und zum andern vom Oxidationsgrad – mit V dargestellt – des Abraums. Vereinfacht formuliert: Je mehr Pyrit im Abraum enthalten ist und je mehr davon verwittert, desto mehr Kalk muss zugegeben werden.

Zweiter Teil der Formel: C_{anorg} ist der natürliche Puffer, der im Abraum schon vorhanden ist und nicht extern zugegeben werden muss.

Der Disulfidgehalt x und die natürliche Pufferkapazität C_{anorg} sind variable Größen. Die tägliche Steuerung der Kalkdosierung ist mit dem Lagerstättenmodell des Tagebaus gekoppelt, sodass im täglichen Betrieb jedem Abraumblock ein spezifischer Kalkbedarf zugewiesen wird.

Der Oxidationsgrad hingegen wird über sechs Jahre fest definiert und durch einen unabhängigen Gutachter als Prognosewert bestimmt. Im Nachgang – nach sechs Jahren – wird diese Prognose verifiziert.

Das ist zuletzt durch Untersuchungen und Auswertungen der Ruhr-Universität Bochum in 2013 erfolgt. Für die Rückschau wurde im Ergebnis eine ausreichende Bekalkung attestiert und im Vorgriff auf den nächsten 6-Jahres-Zeitraum ein neuer Oxidationsgrad ermittelt.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 27 -

Damit die Kalkzugabe zielgerichtet erfolgen kann, sieht man hier ein umfangreiches Netz an Erkundungsbohrungen (siehe **Anlage 3**, S. 9), um sehr genaue, detaillierte Kenntnisse über die Lagerstätte zu haben. Sie sehen das Feld Garzweiler II. Die kleinen blauen Punkte sind vorhandene Untersuchungsbohrungen. Sie geben Aufschluss darüber, welche Schicht in welcher Mächtigkeit in welcher Teufe zu erwarten ist. Bei den grün hinterlegten Untersuchungsbohrungen hingegen sind Sedimentkerne gewonnen und im Labor analysiert worden, um diese Werte, die ich vorhin genannt habe – den Disulfidgehalt und den anorganischen Puffer –, zu bestimmen und zielgerichtet zu halten.

Das gesamte Feld ist mit Sedimentkernbohrungen abgedeckt – mit einer starken Verdichtung dieser Bohrungen im Vorlauf zum Tagebau, um auch die Informationen zu verdichten.

So viel zum theoretischen Unterbau.

Die Umsetzung im Monitoring erfolgt über unterschiedliche Indikatoren. Ich gebe Ihnen einen Überblick über die Indikatoren, die 2013 geprüft worden sind (siehe **Anlage 3**, S. 10 – 12).

Maßnahme A1: Indikator – Versauerungspotenzial (siehe **Anlage 3**, S. 10):

Im Monitoring wird speziell der Kippensaumbereich geprüft, bewertet. Man sieht auf der Abbildung die nördliche Abbaukante. Zur räumlichen Orientierung sehen Sie die alte A 44 und die A 61. Wichtig ist, dass in den Kippensaumbereich möglichst wenig versauerungsfähiges Material verbracht wird. Links sehen Sie die Schwellenwerte für die Ampeln des Monitorings – grüne, gelbe, rote Ampel. Relevant ist der auflaufende 5-Jahres-Mittelwert des Massenanteils des eingebauten versauerungsfähigen Abraums. In der Umsetzung in den Jahren 2009 bis 2013 war der Massenanteil 0 %. Logischerweise war er 2013 dann auch 0 %. Demzufolge ist dieser Indikator grün; rechts ist die grüne Ampel eingezeichnet.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 28 -

Maßnahme A1: Indikator – Höhenlage der Basisfläche (siehe **Anlage 3**, S. 11):

Auf der Schnittdarstellung sehen Sie den Kippensaum. Es geht, vereinfacht formuliert, um den A1-Maßnahmen-Deckel: Je tiefer die Sohle liegt, desto besser. Das ist auch in den entsprechenden Ampeln mit klar definierten Höhenmeterangaben hinterlegt. Bis einschließlich 50 mNN ist die Ampel grün. In der Umsetzung des Jahres 2013 lag die Basisfläche auf 49 mNN, also darunter. Demzufolge steht auch die zweite von drei Monitoringampeln auf Grün.

Maßnahme A6: Indikator – Bilanzierung Kalkmenge (siehe **Anlage 3**, S. 12).

Die dritte und letzte Ampel ist die Bilanzierung der Kalkzugabe. Im Jahre 2013 sind rund 108 Millionen m³ versauerungsfähiger Abraum verkippt und rund 200.000 t Kalk zugegeben worden. Relevant ist die Bilanz Kalk-Soll zu Kalk-Ist. Die Soll/Ist-Abweichung beträgt 1,6 %. Wir haben also eine leichte Überkalkung des Abraums, die aber positiv ist. Bei einer Unterkalkung von 3 % bzw. 6 % würde die Ampel auf Gelb oder auf Rot umschalten. Das ist nicht der Fall; die dritte Ampel des aktuellen Monitoringjahres ist auf Grün.

Zusammenfassung (siehe **Anlage 3**, S. 13)

Es gibt Maßnahmen, um negative Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit durch Abraumkippen zu beherrschen.

Die Anwendbarkeit ist von vielen Faktoren abhängig: Geologie, Hydrogeologie, Tagebautechnik und wasserwirtschaftliche Nutzung im Abstrombereich der Kippen.

Speziell mit der Kalkzugabe, hinter der sehr viel Wissenschaft steckt, ist in den letzten 20 Jahren ein System entwickelt worden – abgesichert über eine Reihe von bergrechtlichen und wasserrechtlichen Verfahren, anerkannt von den Überwachungsbehörden und der Fachwelt, gut steuerbar und im Tagebaubetrieb umsetzbar –, das sich in der Praxis bewährt hat.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 29 -

Das Monitoring-Ergebnis zeigt – auch Herr Pabsch hat es auf seiner Eingangsfolie mit den grünen Ampeln dargestellt –, dass die Kippenmaßnahmen im Tagebau Garzweiler erfolgreich umgesetzt werden.

Vors. Götz dankt den Herren Pabsch und Dr. Rinaldi für ihren Vortrag.

Herr Göbbels (FDP) fragt, woher die 200.000 t Kalk kämen.

Herr Dr. Rinaldi (RWE Power AG) antwortet, in der Vorbereitung seien verschiedenste Kalksorten untersucht worden. Seit Anbeginn sei der sogenannte Wülfrather Kalk verwendet worden.

Herr Lambertz (Die Grünen) weist darauf hin, dass im Beschlussentwurf stehe, der Braunkohlenausschuss fühle sich hinreichend informiert. Man stecke fachlich nicht so tief im Stoff, um beurteilen zu können, ob das Vorgetragene tatsächlich die einzige Wahrheit sei. Der Ausdruck „hinreichend informiert“ sei mehr oder weniger eine Gefühlsangelegenheit. Deshalb bitte er, das Wort „hinreichend“ im Beschlussentwurf zu streichen.

Vors. Götz weist darauf hin, dass es „hinreichend“ und nicht „ausreichend“ heiße. Jede Fraktion könne sich jederzeit noch anderswo Kenntnisse an Land ziehen, wenn sie in irgendeiner Form Zweifel an dem Vorgetragenen habe.

Herr Josef Johann Schmitz (SPD) zeigt sich wenig überrascht von dem Wortbeitrag von Herrn Lambertz. Darüber habe man schon vielfach diskutiert. Es sei die persönliche Entscheidung eines jeden, ob er sich hinreichend informiert fühle. Wenn Herr Lambertz sich nicht hinreichend informiert fühle, sei es ihm unbenommen, dagegenzustimmen.

Der Beschlussvorschlag, der der Praxis der Vergangenheit entspreche, sollte nicht geändert werden.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 30 -

Herr Singer (Die Linke) stellt eine Verständnisfrage zum Arbeitsfeld Feuchtbiotope. Auf S. 24 des Jahresberichts 2013 „Monitoring Garzweiler II“ sei zum Millicher Bach Folgendes zu lesen:

„Im Teilbereich „In der Siel“ südlich der Autobahn wurden nach 2001 sinkende Grundwasserstände und Austrocknungen an den Dauerquadraten 195 und 592 festgestellt (Abb. 12). Alle Versuche, den schädlichen Einfluss durch Wassereinspeisung und -verteilung zu kompensieren, blieben wirkungslos, da das eingespeiste Wasser zu schnell versickerte. Im Jahr 2013 wurde der Bereich „In der Siel“ in einem formellen Verfahren ausgeglichen. Dieser Bereich wird damit aus dem Monitoring entlassen und zukünftig nicht weiter behandelt.“

Er – Singer – hätte gerne gewusst, wie das formelle Verfahren aussehe und ob das bedeute, sich aus dem Monitoring freikaufen zu können.

Herr Pabsch (MWEIMH) erwidert, im Braunkohlenplan werde zwischen Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten unterschieden. Ziel-2-Gebiete seien etwas weniger schützenswert und nach Möglichkeit zu erhalten. Bei dem genannten Feuchtgebiet sei das aber nicht möglich gewesen. Nach jahrelangen Stützungsversuchen sei mit der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Heinsberg vereinbart worden, dass dieses Zielgebiet nicht mehr zu erhalten sei. Das gehe mit den Zielen des Braunkohlenplans konform, und entsprechend der Vorschriften des Landschaftsgesetzes sei der Bereich ausgeglichen worden. Das bedeute, der Kreis Heinsberg habe an anderer Stelle ein Ausgleichsbiotop erhalten.

All das sei im Einvernehmen mit dem Kreis Heinsberg geschehen. Zudem sei der Teilbereich „In der Siel“ vielfach Thema in den verschiedenen Arbeitsgruppen im Monitoring gewesen. Das Vorgehen sei mit einem Beschluss versehen und im Einvernehmen mit dem Umweltministerium erfolgt. Eine solche Entscheidung sei im Rahmen des Monitorings erstmalig gefallen.

Herr Hans-Theo Schmitz (CDU) merkt an, der Jahresbericht 2013 zum Monitoring Garzweiler II enthalte die Berichte von sechs Facharbeitsgruppen über die Erreichung der wasserwirtschaftlichen und landschaftsökologischen Ziele, wie sie im Braun-

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 31 -

kohlenplan festgelegt seien. Insofern halte er es für richtig, von Zeit zu Zeit im Braunkohlensausschuss einen Bericht zu bekommen, der auch der Unterrichtung der Öffentlichkeit diene.

Er frage sich, ob es nicht sinnvoll wäre, wenigstens zum Teil auch die relevanten Punkte, bezogen auf den Braunkohlenplan für den Tagebau Hambach für die Jahre 2020/2030 hier vorzutragen, um sie bekannt geben zu können, sodass die interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenfalls informiert würden.

Herr Lennartz (SPD) geht ebenfalls auf S. 24 des Jahresberichts 2013 ein und zitiert folgenden Satz:

„Auch im südlich gelegenen Transekt Doverener Bach 2 hat der Störzeiger Brombeere zugenommen, die intakten Auenwaldgesellschaften haben hier um rund ein Drittel abgenommen.“

Ihn interessiere, ob das so prognostiziert worden sei und ob es dafür auch eine Kompensation gebe.

Außerdem bitte er um Auskunft, ob auch die Auenwälder infrage gestellt seien und welche optimierenden Möglichkeiten in Erwägung gezogen worden seien.

Frau Brüggemann (Bezirksregierung Köln) erläutert, wie gerade Herr Pabsch berichtet habe, unterscheide der Braunkohlenplan Garzweiler II deutlich zwischen Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten. Der Doverener Bach gehöre ebenfalls zu den Ziel-2-Gebieten. Durch seine Nähe zum Tagebau und dadurch, dass das eingespeiste Wasser zu schnell versickere, habe es eine Abnahme der Auenwaldgesellschaft gegeben. Da man in dem Fall abwägen dürfe, werde das Gebiet trotzdem mit „Grün“ bewertet, was leider so hingenommen werden müsse,

(Herr Lennartz [SPD]: Keine Ausgleichsmaßnahme?)

und zwar ohne Ausgleich.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 32 -

Frau Zentis (Die Grünen) führt aus, im Vortrag sei dargelegt worden, dass Maßnahmen getroffen und wissenschaftlich begleitet würden. Nach jetzigem Kenntnisstand werde alles Menschenmögliche getan, um irgendwelche Schäden zu verhindern. Sie wolle gerne wissen, ob schon einmal an eine Worst-Case-Situation gedacht worden sei und was getan werde, wenn die Berechnungen nicht zuträfen.

Herr Dr. Rinaldi (RWE Power AG) antwortet, das Monitoring Abraumkippe sei zeitlich in drei Phasen eingeteilt, die teilweise auch ineinander übergingen. Im Moment befinde man sich in der ersten Phase, der der Verkippung. Die zweite Phase nenne sich Grundwasserwiederanstieg, und die dritte Phase heiße Abstrom. Das Monitoringkonzept sehe für die jeweiligen Phasen spezifische Untersuchungen vor. Zu gegebener Zeit würden weitere Untersuchungen definiert, die im Projekthandbuch hinterlegt seien. Falls all das im Worst-Case-Fall nichts bringe, gebe es neben den A-Maßnahmen, die er heute vorgestellt habe, B-Maßnahmen: Abfangbrunnen, die angeordnet werden könnten und gebohrt werden müssten, um Kippenwasser abzufangen, aufzubereiten und gezielt wieder zu versickern.

Der Braunkohlenausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Änderungsantrag von Herrn Lambertz (SPD), das Wort „hinreichend“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen, wird mehrheitlich – bei sechs Gegenstimmen – abgelehnt.
2. Der folgende Beschluss wird bei einigen Enthaltungen einstimmig gefasst:

Der Braunkohlenausschuss sieht sich mit dem vorgelegten Ergebnisbericht über das Monitoring Garzweiler II hinreichend informiert.

Die im Bericht dokumentierte Vorgehensweise findet die Zustimmung des Braunkohlenausschusses.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 33 -

TOP 6: Anfragen

Anfrage der Naturschutzverbände zum Thema „Kraftwerksreststoffe und Kraftwerksreststoffdeponien“ vom 09.10.2014

Drs. Nr. BKA 0622

Vors. Götz verweist auf die schriftliche Antwort der Bezirksregierung Arnsberg.

Frau Schubert (Naturschutzverbände) macht deutlich, dass sich aus der Beantwortung der Fragen neue Fragen ergeben hätten. Darüber diskutiere man noch.

Drei kleinere Punkte wolle sie jedoch ansprechen:

Erstens. Sie habe die Fragen an die Geschäftsstelle des Braunkohlenausschusses gerichtet, und die Bergbehörde habe geantwortet.

Auf S. 2 der Antwort der Bergbehörde auf Frage 2A stehe:

„Für die KWR-Deponie Inden II ist die Bezirksregierung Köln zuständig.“

Es wäre schön, wenn auch die Bezirksregierung Köln sich äußern würde.

Zweitens. In der Antwort Bezirksregierung Arnsberg auf Frage 2B – Zuordnungswerte und Deponieklasse – laute der letzte Satz:

„Selbstverständlich enthalten die bodenbürtigen Stoffe auch Schwermetalle in geringen Konzentrationen.“

Auf eine ähnlich gelagerte Anfrage der Gemeinde Jüchen, habe die Bergbehörde ausgeführt, dass die bodenbürtigen Stoffe auch radioaktive Stoffe enthielten. – Sie hätte gerne gewusst, wie sich das wirklich verhalte.

Drittens. Der allerletzte Satz der Antwort der Bergbehörde auf Frage 2F laute:

„Mit Bezug auf das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) wird für die Frage zu der Haftung für Schäden aus dem Deponiebetrieb auf eine juristische Rechtsberatung bezogen auf den Einzelfall verwiesen.“

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 34 -

Sie wolle gerne wissen, ob sie das richtig verstanden habe: Wenn ein Schaden auftrete, müsse sich der Geschädigte juristisch beraten lassen, ob und wie er dagegen vorgehen könne, ohne dass es aufgrund von Gesetzen oder durch die Politik einen Schutz gebe.

Vors. Götz fragt, ob die Bezirksregierung Arnsberg schriftlich oder mündlich auf die Nachfragen eingehen werde.

Herr Petri (Bezirksregierung Arnsberg) antwortet, zu einigen Fragen könne er sofort Stellung nehmen.

Zu den enthaltenen Stoffen: In jedem natürlichen Boden werde man das gesamte periodische System der Elemente finden – auch Schwermetalle. Die Konzentrationen beschränkten sich aber auf das sonst übliche Maß. Gold sei ebenfalls darin enthalten; hochgerechnet liege dort auch ein Haufen Gold. Ähnlich sei es mit den Schwermetallen.

Zu der Haftungsfrage gebe es in diesem Falle mehrere Möglichkeiten der rechtlichen Grundlage:

Man hätte einmal die Möglichkeit des Einschreitens, was üblich sei, auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das sei die reine Privathaftung.

Eventuell ergäben sich Möglichkeiten aus der Umwelthaftung.

Man habe auch die Möglichkeit einer Forderung an den Betreiber nach dem Berggesetz.

Deshalb habe man geantwortet: Wenn einmal so ein Fall eintreten sollte, müsse man bei der rechtlichen Prüfung auf den Einzelfall abstellen. Denn es sei sehr schwierig, genau zu sagen, wonach sich die Haftung richten werde.

Frau Schubert (Naturschutzverbände) wiederholt ihre Frage, ob in den Reststoffen auch radioaktive Stoffe und nicht nur Schwermetalle enthalten seien. Die Bergbehörde habe der Gemeinde Jüchen eine andere Antwort gegeben als den Naturschutzverbänden.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 35 -

Herr Petri (Bezirksregierung Arnsberg) entgegnet, radioaktive Stoffe seien ebenfalls überall im Boden enthalten und damit auch dort.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 36 -

TOP 7: Mitteilungen

Transparenzinitiative

Bericht der RWE Power AG an den Unterausschuss „Bergbausicherheit“

Drs. Nr. BKA 0621

Vors. Götz hält fest, es gebe keine Nachfragen zum Bericht der RWE Power AG.

Der Vorsitzende teilt noch Folgendes mit:

Am Ende dieser Sitzungsperiode des Braunkohlenausschusses wolle er sich bei allen sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Elf Mitglieder des Braunkohlenausschusses, die teilweise lange Jahre mit dabei gewesen seien, würden ausscheiden:

Kommunale Bank: Hans Körfer (Städteregion Aachen), Dr. Gerd Hachen (Kreis Heinsberg), Hans-Theo Schmitz (Rhein-Erft-Kreis), Dagmar Paffen (Stadt Köln), Martin Wierz (Stadt Mönchengladbach), Reinhold Giesen (Stadt Mönchengladbach)

Regionale Bank: Heidi Rackwitz-Zimmermann (CDU), Susanne Herhaus (Die Linke), Otto Laakmann (FDP), Rudolf Finke (FDP)

Funktionale Bank: Henrike Warlitzer (Industrie- und Handelskammer Köln)

Herzlichen Dank an alle Ausscheidenden für ihre oft mehrjährige und über mehrere Wahlperioden geleistete Arbeit. Das Klima im Braunkohlenausschuss sei angenehm gewesen. Man sei nicht immer ganz einer Meinung gewesen; aber im Ergebnis habe man viel für die Menschen erreichen können.

(Beifall)

Die Liste mit den neuen Mitgliedern des Braunkohlenausschusses liege zur Mitnahme bereit.

Sachgebiet	Drucksache		Seite
Niederschrift der 149. Sitzung des BKA am 24.10.2014	BKA	0623	- 37 -

Auch die Terminplanung für das nächste Jahr stehe fest:

23. Januar 2015 (Konstituierung)

19. Juni 2015

23. November 2015.

Der Vorsitzende wünscht ein schönes Wochenende und schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

Der Vorsitzende

Der stellvertretende Vorsitzende

gez. S. Götz

gez. J. J. Schmitz

Die Bezirksregierung Köln
Im Auftrag

gez. N Reiß

BRAUNKOHLENAUSCHUSS

Anwesenheitsliste

zur 149. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 24.10.2014 in Köln

Beginn der Sitzung um 10:30 Uhr;

Ende der Sitzung gegen 14:50 Uhr

A Stimmberechtigte Mitglieder

KOMMUNALE BANK

Aach, Michael
Engels, Hans-Josef
Giesen, Reinhold
Hachen, Dr. Gerd
Helmes, Hildegard
Kehren, Ferdinand
Körfer, Hans
Lennartz, Klaus
Paffen, Dagmar
Schavier, Karl
Schmitz, Hans-Theo
Schmitz, Josef Johann
Thiel, Rainer MdL
Wierz, Martin
Zillikens, Harald

[Handwritten signatures for Kommune Bank members]

REGIONALE BANK

Beu, Rolf MdL
Bornhold, Rüdiger
Finke, Rudolf
Göbbels, Ulrich
Götz, Stefan
Herhaus, Susanne
Hildemann, Michael
Höfken, Heiner
Konzelmann, Thorsten
Laakmann, Otto
Lambertz, Horst
Papen, Hans Hugo
Rackwitz-Zimmermann, H
Singer, Peter
Zentis, Gudrun MdL

[Handwritten signatures for Regionale Bank members]

FUNKTIONALE BANK

Bahr, Waldemar
Decker, Friedhelm
Deckers, Peter
Frizen, Johannes
Kuhnke, Claus
Milojic, Dr.-Ing. G.
Radtke, Dennis Christopher
Schubert, Dorothea
Ungermann, Ernst
Warlitzer, Henrike

[Handwritten signatures for Funktionale Bank members]

B Mitglieder mit beratender Befugnis

(gem. § 22 Satz 1 LPIG)

BR Arnsberg (Bergverwaltung)
Petri, Rolf

Landesbetrieb Wald und Holz NRW
Schölmerich, Uwe

Geologischer Dienst NRW
Buschhüter, Dipl.-Ing. Klaus

LANUV NRW
Verbücheln, Dr. Georg

Erfvtverband
Engelhardt, Norbert

RWE Power
Kulik, Dr.-Ing. Lars

Landschaftsverband Rhld.
Böll, Thomas

Landesbetrieb Straßenbau
Decker, Gerhard

Gleichstellungsstellen
Fink, Brunhilde

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

(gem. § 22 Satz 2 LPIG)

Stadt Köln
Höing, Franz-Josef

Stadt M'gladbach
Weinthal, Barbara

Städteregion Aachen
Roelen, Ruth

Kreis Düren
Steins, Hans-Martin

Rhein-Erft-Kreis
Rothe, Berthold

Kreis Euskirchen
Rosenke, Günter

Kreis Heinsberg
Krummen, Arnd

Rhein-Kreis Neuss
Petrauschke, Hans-Jürgen

Rhein-Sieg-Kreis
Sarıkaya, Dr. Mehmet

Kreis Viersen
Röder, Rainer

[Handwritten signature]

C Verwaltung

Staatskanzlei

Renz, Dr. Alexandra

Staatskanzlei

Werf, Gabriele

Umsiedlungsbeauftragte der
Landesregierung NRW

Kranz, Margarete

[Handwritten signatures]

D Geschäftsstelle/ Bezirksregierung Köln

BezReg Köln, RP'in

Walsken, Gisela

BezReg Köln, A 3

Kotzea, Udo

BezReg Köln, Dez. 32

Hundenborn, Heribert

BezReg Köln, Dez. 32

Brüggemann, Susanne

BezReg Köln, Dez. 32

Müller, Vera

BezReg Köln, Dez. 32

Baums, Bernd

BezReg Köln, Dez. 32

Brück, Hubert

BezReg Köln, Dez. 32

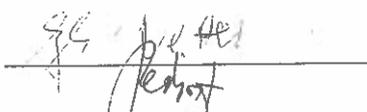
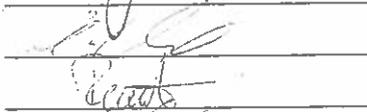
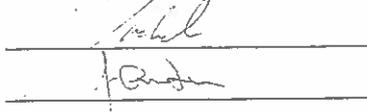
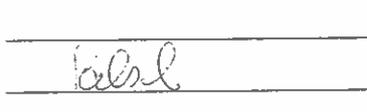
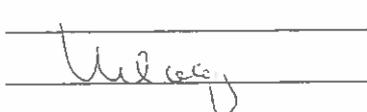
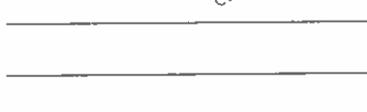
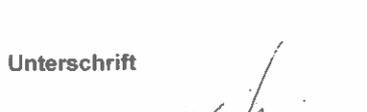
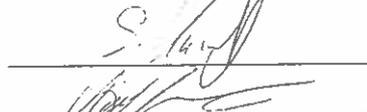
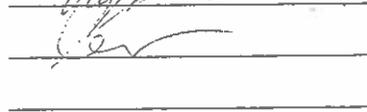
Reiß, Nicole

[Empty lines for additional entries]

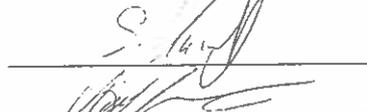
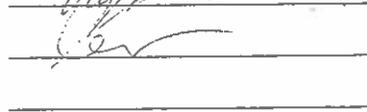
[Empty lines for additional entries]

[Empty lines for additional entries]

E Sachverständige:
Behörde/Firma/ Sonstige

Name in Druckbuchstaben	Name in Druckbuchstaben	Unterschrift
RWE Power AG	Eyll-Vetter, Michael	
RWE Power AG	Herbst, Alois	
RWE Power AG	Forkel, Prof. Dr. Christian	
RWE Power AG	Rinaldi, Dr. Piercristian	
Ingenieurbüro Froelich&Sporbeck	Sporbeck, Prof. Dr. Otto	
Ingenieurbüro Dr. Nacken	Jansen, Dr. Dietmar	
Bezirksregierung Düsseldorf	Keller, Bertram	
MWEIMH	Pabsch, Thomas	
Anrufungsstelle Bergschäden	Debusmann, Gero	
Landwirtschaftskammer	Verhaag, Elisabeth	

F Gäste:
Name
(in Druckbuchstaben)

Name (in Druckbuchstaben)	Vertreter/in der/des (in Druckbuchstaben)	Unterschrift
Knauff, Sebastian	CDU-Fraktion	
Hoffmann, Hajo	SPD-Fraktion	
Schäfer-Hendricks, Antje	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	
Freynick, Jörn	FDP-Fraktion	
König, Carsten	Bezirksregierung Ansburg	
Haltweg, Olaf	Stadt KEG	